

# & Gesellschaft & Politik

Zeitschrift für soziales und wirtschaftliches Engagement

1 A/08

44. Jahrgang  
März 2008  
Heft 1A

## 75 Jahre Josef Taus

*Gestalter, Politiker und Freund*

Dr. Karl Kummer Institut Verein für Sozial- und Wirtschaftspolitik

# Markt und Staat

Dr. Hannes Androsch

Ambrosio Lorenza malte im 14. Jahrhundert einen bis heute im Rathaus von Siena zu bewundernden Freskenzyklus über die gute und die schlechte Regierung. Letztere versinnbildlichte der Künstler mit der Darstellung von Grausamkeit, Zerstörung und Krieg. Die gute Regierung hingegen wird in der Allegorie einer blühenden Stadt dargestellt, in der Handel, Bildung und Spiel dominieren und das öffentliche Wohl ersichtlich ist. Damit wird die Bedeutung staatlicher Gemeinschaft bewusst gemacht.

Der Staat, eine der herausragenden zivilisatorischen Leistungen der Menschheit, ist eine besondere Form eines politischen Gebildes und sozialen Gemeinwesens. Seine Wurzeln gehen in der neolithischen Revolution auf die Sesshaftwerdung der Menschen zurück, als die Menschen begannen, Viehzucht und Ackerbau zu betreiben. Damit war auch ein vermehrtes Sicherheitsbedürfnis verbunden. Dieses führte zu befestigten Siedlungen und den frühen Stadtbauten, die zu den Zentren des wirtschaftlichen Lebens und der entstehenden Märkte wurden. Die Subsistenzwirtschaft wurde zunächst durch den Tauschhandel und schließlich die Geldwirtschaft abgelöst.

Die Marktwirtschaft in unserem heutigen Verständnis hat sich im Zuge der industriellen Revolution und der Ablöse der feudalen Agrarwirtschaft herausgebildet. Sie wurde schon bald als die Grundlage für den „Wohlstand der Nationen“ erkannt, wofür der schottische Moralphilosoph und Begründer der klassischen Nationalökonomie, Adam Smith, in seinem ebenso benannten Standardwerk aus dem Jahr 1776 den Nachweis zu führen versuchte. Inzwischen sind aufgrund der Bekämpfung der vom liberalen englischen

Sozialpolitiker Lord Beveridge so benannten fünf bösen Riesen – „Not, Krankheit, Elend, Arbeitslosigkeit und Unwissenheit“ - in den Industriestaaten geräumige wohlfahrtsstaatliche Einrichtungen entstanden.

Ungeachtet der unterschiedlichen Legitimierung staatlicher Herrschaftsform - wie z.B. als „Mandat des Himmels“, das man auch verlieren kann -, war der Staat zur Durchsetzung seiner Interessen und zur Erfüllung seiner Aufgaben seit jeher mit dem Gewaltmonopol, einschließlich der Einhebung von Zwangsbeiträgen aus Steuern und Abgaben ausgestattet.

Im modernen Staat sollen damit Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit gewährleistet sowie die Grundlagen zur Erreichung von Wohlstand und Wohlfahrt und deren Mehrung gelegt werden. Im Zuge der europäischen Integration und Globalisierung hat der einzelne Staat diese Aufgabenstellungen zunehmend im Zusammenwirken bzw. in Rückkoppelung mit internationalen und supranationalen Einrichtungen zu erfüllen.

Zur Abgrenzung, welche konkreten Aufgaben besser vom einzelnen Staatsbürger erledigt werden können und welche besser an den Staat delegiert werden, merkte John Maynard Keynes bereits 1926 mit Weitblick an: „Der Staat hat nicht die Aufgabe, Dinge zu tun, welche die Bürger bereits tun, um sie ein bisschen besser oder ein bisschen schlechter zu erledigen, sondern jene Dinge anzupacken, die im Augenblick überhaupt nicht getan werden.“

Gemäß der Maxime „Soviel Markt wie möglich, so viel Staat wie notwendig“ wird der Staat längst nicht mehr als wohlmeinender oder gar zwangsbeglückender Übervater angesehen, der den Einzelnen von der Wiege bis zur Bahre gegen alle Unwägbar-

keiten des Marktes schützen soll. Auf Basis des Subsidiaritätsprinzips ist vom Einzelnen vielmehr größtmögliche Eigenverantwortung, Eigeninitiative und Eigenvorsorge einzufordern. Dem öffentlichen Sektor kommt dennoch eine wichtige ökonomische Bedeutung für die Gesellschaft zu.

Auf das Faktum der zunehmenden Staats-tätigkeit hat erstmals der 1917 verstorbene deutsche Ökonom Adolph Wagner verwiesen. In dem nach ihm benannten „Wagnerschen Gesetz“ hat er die anwachsende Steigerung der Staatsquote mit der fortschreitenden technologischen und gesellschaftlichen Entwicklung begründet, die mit einer gewissen Automatik neue Aufgaben des Staates etwa in den Bereichen Wissenschaft oder Kultur nach sich zieht.

Dieser Entwicklung müssen allerdings Grenzen gesetzt werden, wenn wir keinen alles beherrschenden orwellischen Leviathan auch im Sinne der mahnenden Worte von Willy Brandt, „Freiheit ist nicht alles, aber ohne Freiheit ist alles nichts“ züchten möchten. Die bestehenden hohen Staatsquoten in den wirtschaftlich entwickelten Ländern von zumindest 40 bis 50 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung samt den damit verbundenen gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen gehen mit der Verpflichtung einher, diese mit Augenmaß und Weitblick zu nutzen.

Allerdings ist es eine eitle Illusion zu vermeinen, eine Volkswirtschaft ausschließlich auf dem Weg von Staatsausgaben und Steuern lenken zu können, da dies die Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft des Einzelnen strangulieren würde.

Jede ökonomische staatliche Intervention ist gemäß dem Lehrsatz von Paracelsus, dem zufolge allein die richtige Dosis über Medizin oder Gift entscheidet, mit gebührender Vorsicht umzusetzen. Dies gilt für die Höhe der Besteuerung ebenso wie den Einsatz von Staatskrediten, also die Staatsverschuldung durch deficit spending. Anders wollte

John Maynard Keynes seine bahnbrechende Wirtschaftstheorie auch nie verstanden wissen wollen.

Eine übertriebene staatliche Interventionspolitik ist dabei ebenso gefährlich und schädlich, wie eine zum Prinzip erhobene Abstinenz von staatlicher Wirtschaftspolitik als pure laissez-faire-Attitüde unverantwortlich ist. Dafür steht die Weltwirtschaftskrise im letzten Jahrhundert mit verheerenden politischen Folgen als mahnendes Beispiel.

Daher ist die wirtschaftspolitische Forderung nach ausgeglichenen Budgets ein Unfug, sehr wohl ist aber eine Schuldenbegrenzung notwendig. In Österreich wurden allerdings notwendige öffentliche Investitionen aus Gründen der Budgetkosmetik aus dem Bundeshaushalt ausgegliedert und gleichzeitig „off budget“ ein riesiger Schuldenberg angehäuft.

Das populistisch vermarktete Ziel eines Nulldefizites wurde von der schwarz-blauen Koalition trotz höchster Steuerbelastungen und dem Verkauf von Familiensilber in Form von fragwürdigen Privatisierungen sowie der zweckentfremdeten Verwendung von Mitteln für die Wohnbauförderung nur ein einziges Mal im Jahr 2001 erreicht. Da die Umsetzung dieses budgetpolitischen Zieles mit einer wirtschaftlichen Abschwächungsphase zusammenfiel, kam es zum Schaden der österreichischen Wirtschaft und ihrer Arbeitnehmer zu einem prozyklischen konjunkturellen Effekt. Zudem wurde das von der damaligen Regierung öffentlich gefeierte Nulldefizit in der Gesamtschau aller öffentlichen Haushalte in Österreich erzielt, nicht aber beim Bund, der weiterhin defizitär geblieben ist. Das öffentlich gefeierte Nulldefizit war somit eine Mogelpackung, ein Etikettenschwindel.

Zudem ist zu berücksichtigen, dass die Investitionen von Bahn, Post, dem Bundesstraßenbau (Asfinag) und der Telekom zur Schönung aus dem Bundesbudget ausgegliedert wurden. Der Telekom wurden bei

diesem Schritt zusätzlich neun Milliarden Euro an Schulden als „negative Mitgift“, sozusagen als Sonderbesteuerung mit auf den Weg gegeben.

In wenigen Jahren wurden bei Bahn und Asfnag 15 Milliarden Euro an Schulden angehäuft, die zwar im Bundesshaushalt buchhalterisch nicht aufscheinen, für die der Bund aber haftet. Im Zuge einer Neuverschuldung zur Finanzierung der geplanten Investitionsprogramme samt Schuldendienst wird der Schuldenberg allein bei diesen beiden Unternehmen bis 2012 auf 35 bis 40 Milliarden Euro ansteigen. Dies ist bei der Betrachtung der Entwicklung des Defizits des Bundes, das von 2000 bis 2005 von 3,091 Milliarden Euro auf 3,832 Milliarden Euro angestiegen ist, ebenfalls in Betracht zu ziehen.

Im Vergleich dazu hat sich das Defizit des Bundes zwischen 1970 und 1980 von 1,225 Milliarden Euro auf 3,084 Milliarden Euro, also um 1,859 Euro erhöht, wobei die Investitionsausgaben für Bahn, Straßenbau, Post und Telekom noch voll budgetwirksam geworden sind. Zudem konnten damals die Auswirkungen der beiden Erdölkrisen und der damit verbundene Konjunkturreinbruch erfolgreich gemeistert werden. Dabei ist auch gelungen, die Anzahl von Arbeitslosen im Jahreschnitt nie auf wesentlich mehr als 60.000 Personen ansteigen zu lassen und Österreich in Europa auf die wirtschaftliche Überholspur zu bringen. Soviel zu der von einschlägigen Kreisen ohne Sachkenntnis angeprangerte „Schuldenmacherei“ unter Bundeskanzler Bruno Kreisky, in dessen Regierungszeit zudem die Steuerbelastungsquote deutlich geringer war als heute, und dem angeblich bis in die Gegenwart nachwirkenden „Kreisky-Malus“ aufgrund der damaligen „wirtschaftspolitische Katastrophen“. Hätten wir heute nur solche!

Dieser Vorwurf zielt auch angesichts des unter der Kanzlerschaft von Bruno Kreisky an

den Tag gelegten Augenmaßes für finanzpolitische Solidität und Verantwortung ins Leere. Demgegenüber ist in Österreich seit Jahren eine gefährliche wirtschaftspolitische Permissivität zu Lasten der Zukunft an den Tag getreten, wie die ungelösten Probleme etwa bei der Finanzierung des Gesundheitswesens, der Regelung der Pflegeversicherung oder die Vernachlässigungen in den Bereichen Infrastruktur, Bildung, Wissenschaft und Forschung zeigen. Der massiven Anstieg der Verschuldung der zwar aus dem Budget, nicht aber der Haftung des Bundes ausgegliederten Unternehmen muss unweigerlich in ein finanzpolitisches Desaster führen, wenn nicht rechtzeitig gegengesteuert und Vorsorge getroffen wird. Hier tickt eine Zeitbombe. Es gilt die Warnung: „The chicken will come home to roost“.

Für jene wirtschaftlichen Basisgüter und Leistungen, die auch in entwickelten Volkswirtschaften vom Staat erbracht werden sollten, prägte der deutsch-US-amerikanische Ökonom Richard Musgrave den Begriff „meritorische (verdienstvolle) Güter“.

Bei der Erfüllung der öffentlichen staatlichen Aufgabenstellung unterscheidet Musgrave zwischen der Allokations-, der Distributions- und der Stabilitätsfunktion, also der Bereitstellung öffentlicher Güter, der Verteilung eines wichtigen Teils des Volkseinkommens im Rahmen des sozialen Ausgleichs und, drittens, der Zielsetzung eines gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes, also der Gegensteuerung von Konjunktur- und Wachstumsschwankungen durch staatliche Interventionen.

Dabei kommt einer behutsamen Steuerpolitik eine besondere Rolle zu, ist doch „overtaxed“ ebenso gefährlich wie „undertaxed“ schädlich ist. So ist bereits im 1878 erschienenen Lehrbuch der Finanzwissenschaft des Lorenz von Stein nachzulesen: „Ein Staat ohne Staatsschuld tut entweder zu wenig für seine Zukunft, oder er fordert zu viel von der Gegenwart.“ Eine wirtschafts-

politische Abstinenz ist jedenfalls unverantwortlich.

Bei diesen Überlegungen stellt auch die in einem Land erzielte Sparquote eine wichtige Bezugsgröße dar. Ronald Reagan, Bush sen. und Bush jun. wurden zu den wirtschaftspolitischen Proponenten einer sorglosen Finanzpolitik mit dem Ergebnis niedriger Steuern bei einer gleichzeitigen Überverschuldung trotz einer inzwischen gegen Null tendierenden Sparquote sowie der Vernachlässigung der auch für privatwirtschaftliche Tätigkeiten wichtigen Infrastruktur aber auch des Bildungswesens und sozialer Aufgaben.

Diese Politik, in der der Markt in Anlehnung an neoliberale Wirtschaftstheoretiker wie Friedrich von Hayek oder Milton Friedman sowie neokonservative Philosophen wie Leo Strauss zur fundamentalen Religion erhoben wurde, zeigt inzwischen desaströse Folgen.

Die längst noch nicht ausgestandene Subprime-Krise, getrieben von der „Droge Gier“, droht die USA in eine Rezession mit gefährliche Folgen für die Weltwirtschaft zu stürzen. Dieser Konjunkturreinbruch wird nicht allein über eine Leitzinspolitik zu korrigieren sein, weil die global vernetzte Finanzwelt nicht nur von einer Liquiditätskrise, sondern auch von einer schwerwiegenden Bonitätskrise der Banken betroffen ist.

Vor allem aber gilt es in die Finanzmärkte, die sich, wie auch die Unternehmensskandale zeigen, zu einer von Gier und Raffsucht getriebenen Casinoveranstaltung entwickelt haben, nachhaltig Ordnung zu bringen und Rahmenbedingungen einzuführen, deren Einhaltung strikt befolgt werden muss. Geld muss wieder ein Mittel zur Wohlstandsmehrung in der Realwirtschaft werden und darf nicht als Selbstzweck zur Bereicherung einiger weniger missbraucht werden. Nicht länger darf auch hingenommen werden, dass bei Verlusten wie selbstverständlich öffentliche Hilfe eingefordert wird. Das ist Sozialismus für die Reichen und Plutokratie.

Es genügt nicht, von „magic of the market-place“ zu sprechen, wenn nicht sichergestellt ist, dass der Marktplatz funktioniert und seine Funktionsweise hinreichend definiert und kontrolliert wird.

Vor allem aber bedarf es zur Gegensteuerung der gefährlichen krisenhaften Entwicklungen und ihrer negativen Auswirkungen wider des Primats einer verantwortlichen Wirtschaftspolitik. Diese darf weder einem opportunistischen Populismus noch einem ideologischen Fundamentalismus verhaftet sein, sondern muss sich vielmehr an dem Prinzip eines flexiblen Pragmatismus orientieren. Dieser muss wiederum auf festen wirtschaftspolitischen Grundsätzen wie der ordnungspolitischen Konzeption von Walter Eucken beruhen. Bei der Umsetzung einzelner wirtschaftspolitischer Maßnahmen sollte auch der kategorische Imperativ von Immanuel Kant als Richtschnur eingemahnt werden.

Ich bin davon überzeugt, dass Dr. Josef Taus, wie einst auch Prof. Stephan Koren, mit mir in wirtschaftspolitischer Hinsicht viele Ansichten teilt bzw. wir beide in der Beurteilung aktueller Entwicklungen in Österreich, aber auch im europäischen und internationalen Konnex oft ähnliche Standpunkte vertreten.

Die von mir in diesem Beitrag eingeforderte unternehmens- und wirtschaftspolitische Ausrichtung hat Josef Taus in all seinen Tätigkeitsbereichen, ob als Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr und Verstaatlichte Wirtschaft, als Vorsitzender des Aufsichtsrates der ÖIG und späteren ÖIAG, oder als Generaldirektor der Girozentrale, wo er auch besonderes Augenmerk auf die Förderung junger Nachwuchskräfte legte, mit nachhaltigem Erfolg umgesetzt.

Seine politische Tätigkeit als Obmann seiner Partei, die er nach dem tragischen Tod von Karl Schleizer 1975 übernommen hat und während der er zwei Wahlen schlug, war angesichts der Stärke und der Homo-

genität der Regierung Bruno Kreisky und deren wirtschaftlich allgemein anerkannter Kompetenz nicht von Erfolg begleitet. Sein taktisches Kalkül, die absolute Mehrheit der SPÖ durch ein politisches Tandem mit Alexander Götz oder eine populistische Politik in Sachen Zwentendorf zu brechen, kam nicht zum Tragen.

Die Abstimmung über Zwentendorf am 5. November 1978 mit einem knappen negativen Ergebnis – 50,5 Prozent stimmten mit „Nein“, die Wahlbeteiligung betrug 64 Prozent – führte zwar zur Verhinderung der Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes und war, wie später Hainburg, ein schwerer Schlag gegen die österreichische Energiepolitik. Für den späteren Wahlausgang bei den Nationalratswahlen 1979, bei der Bruno Kreisky zum dritten Mal für seine Partei die absolute Mehrheit einfahren konnte, war sicherlich förderlich, dass das Thema Atomkraft nicht mehr polarisierte.

Die beruflichen Lebenswege von Josef Taus und mir haben sich immer wieder gekreuzt. Ende der 80er Jahre haben wir beide jeweils den Schritt in die unternehmerische

Selbständigkeit gesetzt, bis heute sind wir aktiv tätig und Neuem gegenüber aufgeschlossen geblieben.

Manches Mal erheben wir zu den selben wirtschaftlichen Themen in der Öffentlichkeit unsere Stimmen, wie bei der ablehnenden Beurteilung von Basel II als unnötige Bandagierung der Unternehmen, oder der Einschätzung der vordringlichen Notwendigkeit, dass Österreich seine Bürokratie abbauen und vermehrt in Bildung, Wissenschaft, Forschung und Innovationen investieren muss, um sich im europäischen und globalen Umfeld weiterhin als attraktiver Wirtschaftsstandort behaupten zu können.

Es freut mich, dass ich Ihnen, lieber Josef Taus, auf diesem Weg nicht nur zu diesem Geburtstag, sondern auch zu Ihrem Lebenswerk, mit dem Sie in Österreich Zeit- und Wirtschaftsgeschichte geschrieben haben, sehr herzlich gratulieren darf.

Ich wünsche Ihnen in aller Aufrichtigkeit, dass Sie sich Ihren vielfältigen und vielgestaltigen Interessen noch lange in Agilität, Gesundheit und Frische mit viel Freude, Glück und Erfolg widmen können.